

Absetzbewegung aus der EU

SPÖ und ÖVP verfolgen ein innenpolitisches Relocation-Programm

Alexandra Förderl-Schmid

Mit vollem Anlauf ist Bundeskanzler Christian Kern in die listig von der ÖVP aufgestellte Falle getappt. Dass nun ausgerechnet der SPÖ-Chef, der in den vergangenen Tagen in Interviews zum 60. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge die Solidarität in Europa beschworen hat, als unsozial und unsolidarisch dasteht, hat er sich selbst zuzuschreiben. Denn die ÖVP kann via Innenminister Wolfgang Sobotka behaupten, sie habe sich an die zwischen den EU-Staaten getroffene Vereinbarung gehalten – und wolle sich weiterhin daran halten, auch wenn sie inhaltlich mit der Aufnahme der Flüchtlinge nicht glücklich ist. Es ist der Kanzler, der nun einen Brief an Brüssel schreibt und die gerade erst in Rom beschworene Solidarität aufkündigen will.

Es geht konkret in einem ersten Schritt um 50 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, die die Regierung nicht aufnehmen will. Diese Weigerung ist weder sozial noch christlich, sondern schlicht blamabel. Der Wiener Bürgermeister Michael Häupl (SPÖ) hat menschlich reagiert und spontan gemeint: „Die 50 nehme ich sofort in Ottakring.“

Das Signal, das die Bundesregierung mit ihrem Beschluss aussendet: Österreich bricht internationale Vereinbarungen, erweist sich als nicht pakttreu und als unsicherer Kantonist. Damit stiehlt sich Österreich aus seiner Verantwortung und stellt sich auf eine Stufe mit den häufig kritisierten osteuropäischen Ländern wie Polen und Ungarn, die sich gegen eine Aufnahme von Flüchtlingen wehren. Es war Regierung in Wien, die einen Entzug von Geldern aus Brüsseler Töpfen gefordert hat, wenn EU-Vereinbarungen nicht eingehalten werden. Kritik an diesen Ländern kann sich Wien aus Glaubwürdigkeitsgründen künftig sparen.

Der Beschluss zum sogenannten Relocation-Programm erfolgte im Mai und September 2015 im EU-Innenministerrat – gegen den ausdrücklichen Protest Ungarns. Österreich hat zugestimmt und ist daher rechtlich verpflichtet, die Beschlüsse des Ministerrats umzusetzen und insgesamt 1953 Flüchtlinge aufzunehmen. Die Argumentation, dass Österreich im Vergleich zu anderen Ländern überdurchschnittlich viele Flüchtlinge aufgenommen habe, ist nachvollziehbar.

Dass die Wiener Regierung erst jetzt darauf verweist und die Vereinbarung einseitig aufkündigen will, zeigt: Innenpolitik schlägt Europapolitik. Kern strebt eine Relocation von ehemaligen SPÖ-Wählern, die zur FPÖ abgewandert sind, an. Er nimmt in Kauf, dass die Partei nach rechts rückt. Verteidigungsminister Hans Peter Dokožil ist mit dem burgenländischen Landeshauptmann Hans Niessl der Wegbereiter für diesen Kurs. Das ist auch an den Beschlüssen in puncto Integrations- und Versammlungsgesetz festzustellen, die die SPÖ mitträgt. Der Beschäftigungsbonus ist eine „Österreicher

zuerst“-Regelung und wird zu Recht von deutschen Medien als „populistische Kehrtwende der österreichischen Regierung“ beschrieben. Das hätte auch der FPÖ einfallen können.

Außenminister Sebastian Kurz treibt mit seinen Vorschlägen, Sozialleistungen für EU-Bürger einzuschränken, die Zertrümmerung des Rufes der ÖVP als Europapartei voran. SPÖ und ÖVP schlagen Löcher in die Grundfesten der EU und höhlen diese aus. Die britische Regierung ist vergleichsweise konsequent und tritt gleich aus der EU aus. Die Österreicher kündigen nur die Solidarität auf.

KOPF DES TAGES

Ein hilfreiches Abfallprodukt feiert Geburtstag

Ein wenig Selbstkritik ist ja gelegentlich nicht verkehrt. Außerdem ist es seit den wöchentlichen Errata des leider zu früh verstorbenen Otto Ranft kein großes Geheimnis, dass Mathematik für nicht unwesentliche Teile der Redaktion keine Kernkompetenz darstellt, wie regelmäßige STANDARD-Leserinnen und -Leser wissen.

Was zugegebenermaßen eine gewisse Niederlage ist, schließlich wurde vor 50 Jahren der Taschenrechner erfunden. Exakt am 29. März 1967 stellte dessen Entwickler, US-Physiker Jack Kilby, sein Werk dem Direktor seines Arbeitgebers Texas Instruments vor. Als euphorisch kann man die Reaktion des Vorgesetzten nicht bezeichnen. Zunächst sah man keinen Grund für eine Serienproduktion. Immerhin erlaubte man, dass der japanische Konzern Canon die Idee 1970 umsetzte.

Aber bevor der Siegeszug des Helferleins ausführlicher beschrieben wird, lohnt sich ein Rückblick. Denn schon in der Vorzeit hat ohne Hilfsmittel das Zahlenverständnis vieler Menschen nicht über „eins, zwei, viele“ hinausgereicht. Eine der ersten Unterstützungsmaßnahmen dürften Steine gewesen sein, spätestens im dritten Jahrtausend vor Christus verwendeten die Sumerer erstmals linierte Ton-

tafeln, auf die Steine gelegt wurden, als Abakusse. Knoten in Seilen halfen ebenso beim Rechnen, ab dem 17. Jahrhundert wurden in Europa dann mechanische Rechenmaschinen gebaut.

Der Taschenrechner war hingegen eigentlich ein Abfallprodukt. Schon 1958 erfand Kilby den Mikrochip, dafür erhielt er im Jahr 2000 den Nobelpreis. Allerdings wusste dann lange niemand, was man mit dem Ding eigentlich anstellen soll. Ab 1966 bauten der Physiker und Kollege also an der elektronischen Rechenmaschine. Taschenrechner war für das erste Modell eher noch eine unpassende Bezeichnung: Das Gerät namens „Cal Tech“ wog mehr als ein Kilo und war so groß wie ein Wörterbuch.

Praktisch anwendbar war die batteriebetriebene Innovation aber – die vier Grundrechenarten ließen sich mit sechsstelligen Zahlen durchführen. Beim Canon-Modell ratterte das Ergebnis dann, auf Thermopapier ausgedruckt, aus der Maschine, ein Jahr später kam das erste Display. Seinen 75er wird das Hilfsmittel aber wohl nur noch im Museum feiern. Schließlich gibt es für Smartphones Rechenprogramme sonder Zahl. Und diese verwenden auch die Journalistinnen und Journalisten hier im Haus. Manchmal. Versprochen. *Michael Möseneder*



Der erste elektronische Taschenrechner wurde vor 50 Jahren präsentiert.

Foto: Getty Images